

MAHLZEIT!

EIN PLANET. 9 MILLIARDEN. ALLE SATT.

Deutsche Kurzfassung

Aufbruch in ein neues Zeitalter

Wie trotz knapper Ressourcen
alle satt werden können



www.oxfam.de/mahlzeit

Impressum

**Aufbruch in ein neues Zeitalter
Wie trotz knapper Ressourcen alle satt werden können**

Herausgeber:

© Oxfam Deutschland, Juni 2011

Oxfam Deutschland e.V.
Greifswalder Str. 33a • 10405 Berlin
030 42 85 06 21 • info@oxfam.de

V.i.S.d.P.: Paul Bendix

Redaktion:

David Hachfeld, Franziska Humbert, Julia Jahnz,
Jan Kowalzig, Marita Wiggerthale

Für die Unterstützung bei der Übersetzung
danken wir Sandra Lustig.

Quellenhinweis:

Soweit nicht anders gekennzeichnet, entstammen die für diese deutsche Kurzfassung verwendeten Daten und Quellen dem Kampagnenbericht: *Growing a Better Future, Food Justice in a Resource-Constrained World*, Hrsg. Oxfam, 01.06.2011.

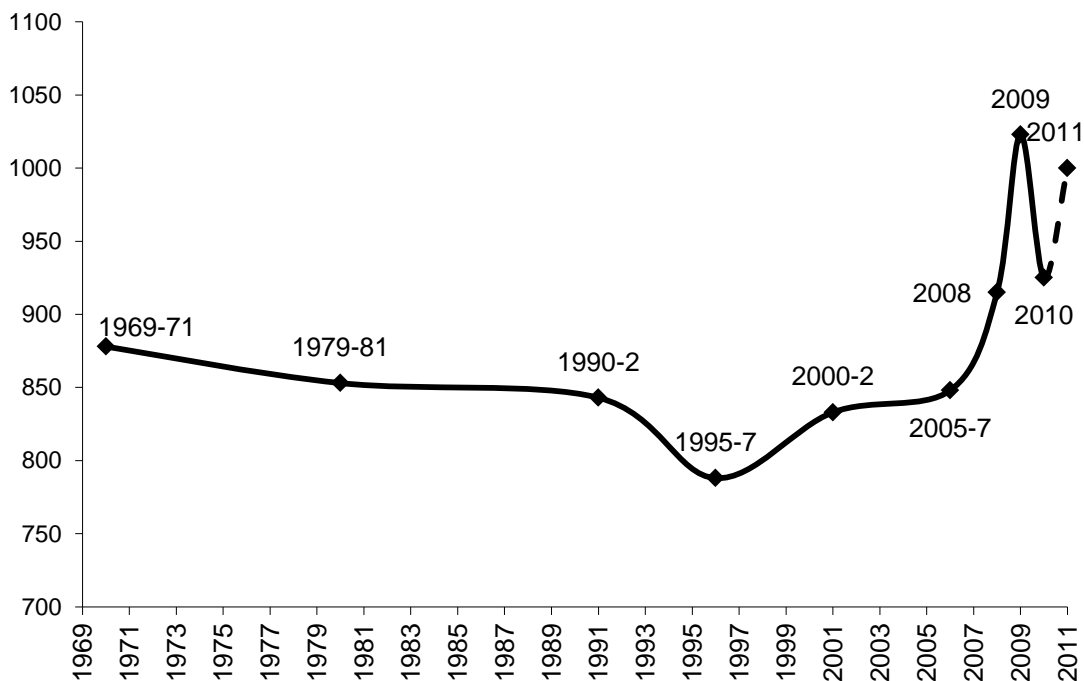
Einführung

Vor rund 70 Jahren wurde Oxfam als Reaktion auf den Hunger in Europa gegründet. Seitdem waren wir immer wieder bei Nahrungsmittelkrisen im Einsatz: Griechenland 1942, Biafra 1969, Äthiopien 1984 oder Niger 2005 sind nur einige davon. Alle wären vermeidbar gewesen.

Das Zeitalter der Krisen

2008 begann ein neues Zeitalter der Krisen. In diesem Jahr machten Lehman Brothers Bankrott, der Ölpreis stieg auf 147 US-Dollar pro Barrel, und die Nahrungsmittelpreise explodierten und lösten weltweit Hungerproteste aus – in 23 der 61 betroffenen Länder sogar gewaltsame Unruhen. 2009 überschritt die Zahl der Hungernden erstmals die Rekordmarke von einer Milliarde (siehe Abb. 1). Nach einer kurzen Phase der Entspannung steigen die Nahrungsmittelpreise nun schon wieder an: Seit Mitte 2010 wurden so erneut 44 Millionen Menschen in die Armut getrieben.¹ Hinter solchen anonymen Zahlen stehen ganz konkrete Schicksale und (Über-)Lebensgeschichten von Familien, die den Kampf gegen Armut und Hunger verlieren: Haushalte, die sich überschulden. Mütter, die auf Mahlzeiten und Gesundheitsfürsorge verzichten, um ihre Familien durchzubringen. Alte Menschen, um die sich niemand mehr kümmert.

Abb. 1: Entwicklung der Zahl der weltweit Hungernden (in Mio.)



Quellen: <http://www.fao.org/hunger> und <http://cachef.ft.com/cms/s/0/68b31de6-392e-11e0-97ca-00144feabdc0,s01=2.html>

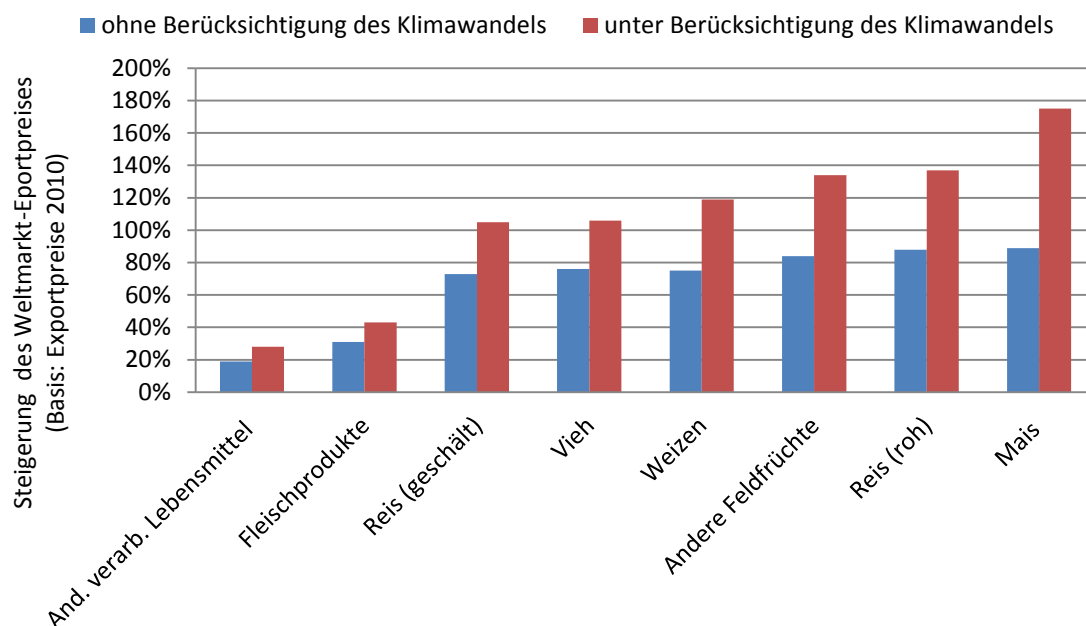
Die Warnsignale der drohenden Katastrophe sind kaum zu übersehen: Steigende bzw. schwankende Weltmarktpreise für Nahrungsmittel und Erdöl, verschärfte Konflikte um Wasser und Land, immer mehr Menschen, die ihre Existenzgrundlagen durch an Zahl, Dauer und Heftigkeit zunehmende Stürme, Überschwemmungen und andere Folgen des Klimawandels verlieren, die wachsende Zerstö-

¹ <http://www.bloomberg.com/news/2011-04-16/zoellick-says-world-economy-one-shock-away-from-food-crisis-1-.html>.

rung der Umwelt und die Übernutzung natürlicher Ressourcen. Unsere Art und Weise zu produzieren und zu konsumieren sprengt die ökologischen Grenzen unseres Planeten und schließt dabei viele Menschen aus.

Wenn wir nicht umgehend und entschlossen handeln, werden die Nahrungsmittelpreise in den nächsten zwei Jahrzehnten weiter rasant steigen. Dem Klimawandel kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Oxfams Berechnungen zufolge würden die Preissteigerungen ohne den Klimawandel bis 2030 etwa 70 bis 90 Prozent betragen. Unter zusätzlicher Berücksichtigung seiner Folgen ist bis 2030 sogar mit einem Anstieg um 120 bis 180 Prozent gegenüber den Preisniveaus von 2010 zu rechnen (siehe Abb. 2).

Abb. 2: Auswirkungen des Klimawandels auf die Weltmarktpreise bis 2030 (Prognose)



Quelle: Willenbockel (2011): 'Exploring Food Price Scenarios Towards 2030'. Oxfam und IDS.

Wenn das negative Zusammenwirken von Umweltzerstörung, Bevölkerungswachstum und Klimawandel nicht unterbrochen wird, steuern wir auf eine Katastrophe zu. Doch derzeit dominiert eine kleine, aber mächtige Minderheit, die vom Status quo profitiert, dieses Politikfeld. Eliten bereichern sich auf Kosten von Menschen in Armut. Die Agrosprit-Industrie erhält Milliarden subventionen, um Nahrungsmittel mit dem Scheinargument „Klimaschutz“ in Tankfüllungen zu verwandeln. Klimaschädliche Industriebranchen verhindern den Umbau der Energiewirtschaft. Manche Unternehmen wittern bei akuten humanitären Krisen gute Geschäfte und verlangen für den Transport von Nahrungsmittelhilfe überhöhte Preise; nur ein Bruchteil kommt dann tatsächlich bei den Bedürftigen an. Riesige Agrobusiness-Konzerne bilden, abgeschirmt von der Öffentlichkeit, globale Oligopole, kontrollieren Lieferketten und beherrschen Märkte. Finanzspekulant/innen zocken mit Nahrungsmitteln, um schnelle Kasse zu machen.

Zahlen und Fakten

- ❖ Weltweit werden jährlich nur 57 Mrd. US-Dollar an Subventionen für erneuerbare Energien ausgegeben, dafür aber 312 Mrd. US-Dollar für Energiegewinnung aus fossilen Energieträgern.
- ❖ Agrosprit wird weltweit mit 20 Mrd. US-Dollar jährlich gefördert.
- ❖ Schätzungen zufolge kontrollieren vier Agrobusiness-Konzerne – Cargill, Bunge, ADM und Dreyfus – 73 Prozent des Weltgetreidehandels.²
- ❖ Vier Unternehmen – Dupont, Monsanto, Syngenta und Limagrain – haben einen Anteil von 50 Prozent an den Umsätzen der Saatgutindustrie.
- ❖ Sechs Unternehmen – BASF, Bayer, Dow, DuPont, Monsanto und Syngenta – kontrollieren 75 Prozent des Markts für Agrarchemikalien.
- ❖ Nur 40 Cent pro Dollar der US-amerikanischen Nahrungsmittelhilfe werden für den eigentlichen Kauf von Nahrungsmitteln ausgegeben. Überhöhte Beschaffungs- und Transportkosten fressen einen Großteil der Hilfsgelder.
- ❖ 1983 wurden 20,4 Prozent der Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft in den armen Ländern verwendet, 2006 nur noch 3,7 Prozent. Fast achtzigmal höher liegen die derzeitigen Agrarsubventionen in den reichen Ländern; sie betragen jährlich mehr als 250 Milliarden US-Dollar.

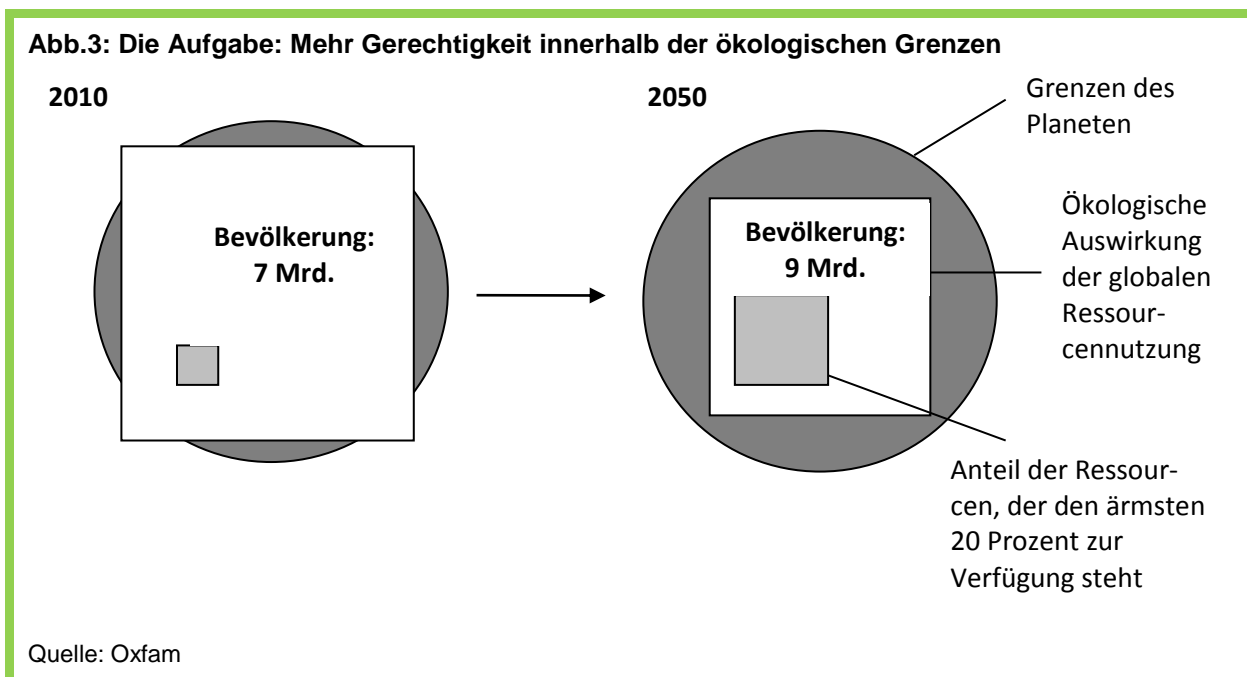
Die Politik hat auf diesem Feld im Großen und Ganzen versagt. Die meisten Regierungen sahen untätig zu, wie die großen Agrarkonzerne immer mehr Einfluss gewannen und die Landwirtschaftspolitik zunehmend mitgestalteten. Die Regierungen haben Wirtschaftsinteressen Vorschub geleistet und den Missbrauch öffentlicher Mittel für private Zwecke zugelassen. Es wurde darauf verzichtet, effektive Regeln zur Kontrolle der mächtigen Unternehmen zu beschließen. Zugleich wurden die Bedürfnisse verarmter oder sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Frauen, vernachlässigt. Insgesamt beweisen die meisten Regierungen erschreckend wenig politischen Willen, den Ursachen für Hunger und Ungerechtigkeit, dem ökologischen Raubbau und dem Klimawandel zu begegnen.

Oxfams Kampagne „Mahlzeit!“ hat einen grundlegenden Wandel des Welternährungssystems zum Ziel. Unser Umgang mit Essen, die Art und Weise, wie Nahrungsmittel angebaut und verteilt werden, müssen sich ändern. Engagiertes Handeln auf allen Ebenen kann in den kommenden Jahren hunderte Millionen Menschen in die Lage versetzen, ihre Familien ausreichend zu ernähren und die Zerstörung ihrer (und unserer) Zukunft durch die katastrophalen Folgen des Klimawandels abwenden.

² <http://www.awb.com.au/NR/rdonlyres/769B50B2-617A-4ECD-9BF4-A081E67D6D32/0/BCGreport.pdf>.

Die Herausforderungen

Wir stehen vor einer gewaltigen Aufgabe. Es gilt Wege zu finden, um Entwicklung voranzutreiben und die ausreichende Versorgung aller Menschen mit Nahrung sicherzustellen. Und zwar so, dass Ökosysteme und natürliche Ressourcen geschützt und Armut und Ungerechtigkeit beendet werden.



Dafür müssen **drei Herausforderungen** bewältigt werden:

- ➔ **Nachhaltige Produktion:** Wir müssen, im Rahmen der ökologischen Grenzen unseres Planeten, genug produzieren, damit sich bis 2050 neun Milliarden Menschen ernähren können.
- ➔ **Gerechte Verteilung:** Wir müssen alle Menschen in Armut, Frauen wie Männer, in die Lage versetzen, ausreichend Nahrungsmittel anzubauen oder sich ausreichend Nahrung kaufen zu können.
- ➔ **Krisen bewältigen:** Wir müssen Preisschwankungen in den Griff bekommen und die negativen Auswirkungen des Klimawandels abfedern.

Nachhaltige Produktion

2050 werden etwa neun Milliarden Menschen auf der Erde leben; davon 70 Prozent in armen Ländern, die auf Nahrungsmittelimporte angewiesen sind. Die Nachfrage wird voraussichtlich um 70 Prozent steigen. Es muss also mehr, und verstärkt ökologisch nachhaltig, Nahrung produziert werden. Zugleich müssen sich unsere Konsummuster ändern, und wir dürfen nicht mehr so viel Nahrung verschwenden.

Denn noch mehr Fläche, als gegenwärtig, steht für die Nahrungsmittelproduktion kaum zur Verfügung. Wasser für die Landwirtschaft wird immer knapper und die Konkurrenz um Landnutzung für Nahrungs- und Futtermittel sowie Agrosprit immer härter. Wasser ist heute bereits noch knapper als Land. Die Staaten des Mittleren Ostens gehören zu den größten Aufkäufern von Land in Afrika. Nicht, weil sie tatsächlich mehr Land bräuchten, sondern aus Wassermangel. Auch Konzerne sichern sich zunehmend wichtige Wasser- und Landrechte – zulasten kleinbäuerlicher Betriebe. Mit einem Anteil

von 70 Prozent des globalen Frischwasserverbrauchs ist die Landwirtschaft für die Wasserknappheit mitverantwortlich. Und der Bedarf an Wasser wird steigen: bis 2030 um 30 Prozent.

Die von Politik und Agrobusiness³ vorangetriebene industrielle Landwirtschaft ist in Zeiten des Klimawandels kurzsichtig und ökologisch nicht nachhaltig; sie führt in eine Sackgasse. Mehr Chemikalien, mehr Düngemittel, noch stärkere Industrialisierung der Landwirtschaft bedeuten mehr Treibhausgasemissionen, die den Klimawandel vorantreiben, und eine weiter abnehmende Bodenfruchtbarkeit. Die Emissionen aus der Landwirtschaft werden Schätzungen zufolge bis 2030 um fast 40 Prozent steigen, wenn sich hier nichts ändert.⁴

Sinkende Ernteerträge, verschärft durch Ernteverluste infolge von Dürren, Unwettern und anderen durch den Klimawandel bedingten extremen Wetterereignissen, senken das Angebot an Nahrungsmitteln und treiben die Preise auf dem Weltmarkt in die Höhe. Oxfams Berechnungen zufolge könnte beispielsweise der Preis für Mais bis 2030 um 86 Prozent steigen. Die Anpassung an den Klimawandel muss absoluten Vorrang erhalten, damit langfristig die Nahrungsmittelproduktion, insbesondere in den armen Ländern, „klimasicher“ gemacht und so dem Anstieg der Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel begegnet wird.

Zahlen und Fakten

- ❖ Seit 2000 wurden über 1.200 Kauf- oder Pachtgeschäfte über große Landflächen in armen Ländern abgeschlossen oder vorbereitet. Sie umfassen insgesamt 80 Millionen ha Fläche. Mehr als 60 Prozent dieser Landgeschäfte betrafen Afrika.
- ❖ Schätzungsweise 30 bis 50 Prozent der weltweit produzierten Nahrungsmittel werden nicht konsumiert, sondern gehen verloren.
- ❖ Etwa drei Milliarden Menschen leben in Gebieten, in denen die Nachfrage nach Wasser das Angebot übersteigt. Die Zahl der Menschen, die in chronisch wasserknappen Gebieten leben, wird bis 2050 voraussichtlich auf mehr als vier Milliarden ansteigen.
- ❖ Die Landwirtschaft ist für mehr als 30 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich, wenn man auch die Umwandlung von Flächen (z.B. Wälder oder Feuchtgebiete) in landwirtschaftlich nutzbare Fläche einrechnet.
- ❖ In den letzten 45 Jahren sind 1,2 Mrd. ha landwirtschaftlicher Nutzfläche durch menschliche Einwirkung unfruchtbar geworden. Die fruchtbare Bodenschicht (Humusschicht) wird immer dünner. In Afrika betrifft dies 65 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, in Lateinamerika 51 Prozent und in Asien 38 Prozent.⁵

³ Das Agrobusiness umfasst all jene Konzerne im Bereich der Düngemittel-, Agrarchemie-, Saatgut-, Futtermittel- und Ernährungsindustrie sowie Ölmühlen und Getreidehändler, die eine industrielle Landwirtschaft vorantreiben.

⁴ UNCTAD (2011): Assuring food security in developing countries under the challenges of climate change: key trade and development issues of a fundamental transformation of agriculture. Genf.

⁵ Oxfam (2009): Harnessing Agriculture for Development Oxfam International Research Report, September 2009.

Gerechte Verteilung

Hunger ist heute ein Armutsproblem und wird es auch in Zukunft bleiben, wenn die Einkommen der in Armut lebenden Menschen nicht steigen. Deshalb müssen Arbeiter/innen existenzsichernde Löhne erhalten. Bäuerinnen und Bauern müssen mehr Nahrungsmittel produzieren und auf den Märkten zu einem guten Preis verkaufen können. Das Geschäftsmodell des Agrobusiness mit seinen sozial und ökologisch oft schädlichen Auswirkungen sowie die Interessen mächtiger Eliten stehen dieser Entwicklung jedoch im Weg (siehe Kasten).

Wenige hundert Konzerne – Händler, Produzenten, Supermarktketten – kontrollieren 70 Prozent des Handels von 15 Handelsgütern aus Landwirtschaft und Fischerei, die für die Biodiversität zentral sind. Sie haben eine enorme Macht über lebenswichtige Ressourcen wie Land, Wasser, Saatgut, Technologie und Infrastruktur. In Guatemala verfügen beispielsweise weniger als acht Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe über mehr als 80 Prozent des Landes. Frauen werden, wenn es um Landbesitz geht, besonders diskriminiert. In den Ländern, für die Daten vorliegen, sind nur 10 bis 20 Prozent des Grund und Bodens in der Hand von Frauen. In Mali sind es z.B. nur fünf Prozent.

Viele mutige Frauen und Männer fordern ihre Rechte ein, reformieren das Ernährungssystem von der Wurzel her und setzen im Kampf um den Zugang zu Land teilweise ihr Leben aufs Spiel. Unsere Hoffnung ist, dass diese Bewegung für eine gerechte Verteilung immer weiter wächst.

Guatemala kämpft und verliert

Als Folge extremer Ungerechtigkeit in Guatemala bezüglich des Einkommens, Zugangs zu Land und der Unterstützung durch den Staat ist die Hälfte aller Kinder im Alter unter fünf Jahren unterernährt. Eine winzige, aber mächtige Elite profitiert vom Nahrungsmittelanbau für den Export und von der Ausbeutung kleiner Erzeuger/innen.

Im Zuge der Nahrungsmittelkrise 2008 nahm die Regierung Guatemalas einen Anlauf, alte, aber nie tatsächlich vollstreckte Gesetze, die Landbesitzer/innen vorschrieben, 10 Prozent ihres fruchtbaren Landes zum Anbau von Grundnahrungsmitteln für den inländischen Verbrauch zu verwenden, zu reaktivieren. Nach nur drei Tagen wurden die Gesetze vom Kongress abgeschafft.

Die Regierung und zivilgesellschaftliche Gruppen wandten sich danach einem vielversprechenden neuen Gesetz zu, das die Nahrungsmittelproduktion fördern und kleinen Erzeuger/innen eine bessere Position in den Wertschöpfungsketten verschaffen sollte. Die Eliten konnten jedoch durch Panikmache in den Medien und politischen Druck den Gesetzgebungsprozess behindern. Der Vorschlag wurde verworfen.

Krisen bewältigen

Das Welternährungssystem wird immer krisenanfälliger. Ölpreisschocks treiben die Kosten für Düngemittel und Transport in die Höhe. Wetterextreme lassen das Nahrungsmittelangebot einbrechen. Auf den Rohstoffmärkten entstehen Spekulationsblasen. Nahrungsmittel landen als Agrosprit im Tank statt auf dem Teller. Viele Regierungen verschärfen die Problemlage, wenn sie zum Beispiel die Erzeugung oder den Import von Agrosprit aus Getreide fördern oder Exportverbote für Grundnahrungsmittel verhängen, ohne Rücksicht auf die Folgen in anderen Teilen der Welt.

Der Klimawandel schreitet immer rasanter voran. Zwar nehmen die Investitionen etwa im Bereich der erneuerbaren Energien stetig zu, aber die Regierungen sind bislang nicht bereit, sich zu völkerrechtlich

verbindlichen und vor allem ausreichenden Klimaschutzanstrengungen zu verpflichten. Die bisher vorgelegten Ziele zur Reduktion von Treibhausgasen in den Industrieländern bzw. Klimaschutzmaßnahmen in den Schwellen- und Entwicklungsländern dürften der Welt eine globale Erwärmung von 3-4 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau bescheren. Maximal die Folgen von 2° C Erwärmung gelten jedoch als gerade noch zu bewältigen.

Schlechte Weizenernten im Jahr 2006 und 2007 trugen, gemeinsam mit anderen Faktoren, zur letzten Nahrungsmittelkrise bei. Auch im Sommer 2010 ging infolge einer Rekord-Hitzewelle in Russland die Weizenernte um 40 Prozent zurück. Niemand weiß, welches Land oder welche Region als nächstes betroffen sein wird. Was wäre gewesen, wenn die Hitzewelle 2010 den Mittleren Westen Amerikas getroffen hätte? Lester Brown vom „Earth Policy Institute“ schätzt, dass die globalen Getreidebestände dann nur noch für 52 Tage gereicht hätten: Noch weniger als im Krisenjahr 2008, als nur Vorräte für 62 Tage vorhanden waren.

Einige Regierungen haben mittlerweile eingesehen, dass verantwortliches Handeln notwendig ist. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy, derzeit G-20-Vorsitzender, hat Landwirtschaft und Ernährung auf die Agenda der G-20 gesetzt. Auf deren Gipfel im November 2011 soll über Investitionen in die Landwirtschaft, Rohstoffspekulation und internationalen Handel diskutiert werden. Es besteht insofern eine reelle Chance, die Fehler der Vergangenheit nicht erneut zu begehen.

Glencore wettet auf steigende Getreidepreise⁶

Nachdem eine Hitzewelle im Sommer 2010 einen erheblichen Teil der russischen Weizenernte vernichtet hatte, forderte Glencore, eines der größten Getreideunternehmen der Welt, am 3. August 2010 die russische Regierung öffentlich auf, ein Exportverbot einzuführen. Dieses wurde zwei Tage später verhängt und löste eine Preisrallye auf den Weltweizenmärkten aus. Die Preise stiegen innerhalb von 48 Stunden um mehr als 15 Prozent.

Wie sich inzwischen herausstellte, hatte Glencore vorher an den Warenterminmärkten Wetten auf steigende Weizen- und Maispreise abgeschlossen. Der Gewinn vor Zinsen und Steuern des Unternehmens aus dem Agrargeschäft verdoppelte sich daraufhin in 2010 auf 659 Millionen US-Dollar. Andere große Getreidehändler, u. a. Cargill, profitierten ebenso von dem Weizenengpass in Russland, während einige, wie ADM, Einbußen verzeichneten.

Aufbruch in ein neues Ernährungszeitalter

Zum Glück gibt es allerorten bereits erste Zeichen des so dringend benötigten Wandels, angeführt von Menschen, die direkt oder als Teil von Organisationen und Bewegungen ihre Zukunft in die eigene Hand nehmen. So in Brasilien, wo sich Menschen aus Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen organisierten, Eliten und Regierung herausforderten und die Einführung einer nationalen Strategie zur Verringerung der Armut bewirkten. Mit dem Programm „Fome Zero“ (Null Hunger) konnte der Anteil hungernder Menschen an der Bevölkerung Brasiliens massiv gesenkt werden. Oder in Vietnam, das vergleichbare Erfolge mittels einer Landreform und eines ambitionierten Investitionsprogramms in die kleinbäuerliche Landwirtschaft erzielte. Oder in Kanada, wo eine gemeinsame öffentliche Kampagne erreichte, dass die Nahrungsmittelhilfe nun nicht mehr, wie zuvor, zu 90 Prozent aus kanadischer Produktion stammt.

⁶ Financial Times: Glencore reveals bet on grain price rise. 24 April 2011. <http://www.ft.com/cms/s/0/aea76c56-6ea5-11e0-a13b-00144feabdc0.html#ixzz1KVT3XMnd>.

Zahlen und Fakten

- ❖ Der Anteil der Bevölkerung Brasiliens, der Hunger leidet, konnte von 11 Prozent in 1990-92 auf 6 Prozent in 2005-07 nahezu halbiert werden.
- ❖ Vietnam erreichte das erste UN-Millenniums-Entwicklungsziel, die Zahl der Hungernden bis 2015 um die Hälfte zu reduzieren, schon fünf Jahre eher.
- ❖ Apple und Nike traten 2009 aus der US-Handelskammer aus, um öffentlich gegen deren Ablehnung der US-Klimagesetzgebung zu protestieren.

Diese Erfolge weisen den Weg aus dem Zeitalter der Krisen hin zu einem neuem Wohlstandsmodell. Hin zu einer Ära, in der wir nachhaltig mit der Umwelt umgehen und die natürlichen Ressourcen des Planeten nachhaltig nutzen und gerecht teilen. Hin zu einer Welt, in der Regierungen sich den Konzernlobbys widersetzen und ihre Politik, die Regulierung von Märkten und auch die Verwendung öffentlicher Mittel an den Interessen der Allgemeinheit ausrichten. Hin zu einer Welt, in der Konzerne nicht Profit aus der rücksichtslosen Ausbeutung der globalen Ressourcen schlagen, sondern in der sie mit der Entwicklung innovativer Lösungen für die Bewältigung der Probleme unserer Zeit Gewinn machen. Hin zu einer Welt, in der alle Menschen Zugang zu den Mitteln haben, die sie brauchen, um sich und ihre Familien zu ernähren und der Armut zu entkommen.

Die Aufgabe ist immens. Wir brauchen eine radikale Kehrtwende, um das neue Wohlstandsmodell aufzubauen, bevor die Ökosysteme unseres Planeten unwiederbringlich zerstört sind. Dazu müssen wir drei große Veränderungen erreichen: Krisen besser verhindern und bewältigen, die Landwirtschaft neu gestalten und zu einem nachhaltigen Umgang mit unserer Umwelt kommen.

- ➔ **Ein neues internationales System zur Verhinderung von Nahrungsmittelkrisen:** Die oberste Priorität von Regierungen muss es sein, dem Hunger zu begegnen und die negativen Auswirkungen von Krisen zu reduzieren. Es müssen neue, effektive Regeln eingeführt werden, insbesondere für Handel, Nahrungsmittelhilfe, Finanzmärkte, Agrosprit-Politik, Emissionsreduzierung und die finanzielle Unterstützung von Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels in armen Ländern. Außerdem muss in den Katastrophenschutz und in soziale Sicherungssysteme investiert und Beschäftigung in diesen Bereichen geschaffen werden.
- ➔ **Aufbau einer zukunftsfähigen Landwirtschaft:** Die Bedürfnisse von Kleinbäuerinnen und -bauern müssen an erster Stelle stehen. Die Förderung der kleinbäuerlichen und ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft birgt das größte Potenzial, um die Produktivität zu steigern und die negativen Auswirkungen von Krisensituationen zu begrenzen. Regierungen und Konzerne müssen ihre Politik und ihre Handlungen anpassen, um den Zugang von Kleinbäuerinnen und -bauern zu natürlichen Ressourcen, Technologien und Märkten sicherzustellen. Gelder für lebensnotwendige Investitionen in armen Ländern können freigesetzt werden, indem Subventionen für die industrielle Landwirtschaft in den reichen Ländern reduziert werden.
- ➔ **Die internationale politische Architektur für eine neue ökologische Zukunft schaffen:** Die Zeit drängt. Es gilt, schnellstmöglich in den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Industrie zu investieren und Unternehmenspraktiken sowie Konsumgewohnheiten zu ändern. Die Bewährungsprobe hierfür sind die laufenden Verhandlungen für ein globales, verbindliches und ausreichend ambitioniertes Abkommen zur Eindämmung des Klimawandels und zur Begrenzung seiner Folgen.

Ein neues internationales System zur Verhinderung von Nahrungsmittelkrisen

Wir befinden uns bereits im Zeitalter der Krisen – daran besteht kein Zweifel. Zum zweiten Mal innerhalb von drei Jahren sind die Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt explodiert. Es muss mehr getan werden, um wirtschaftliche und klimabedingte Krisen zu verhindern und zu bewältigen:

Internationale Reformen

1. Gerechte und transparente Regeln einführen, um Risiken vorzubeugen

- 1.1. Nahrungsmittelreserven bilden:** Regierungen sollten sich zusammentun, um auf regionaler Ebene Nahrungsmittelreserven zu bilden und strategische Handelssysteme über die Landesgrenzen hinaus zu etablieren. So kann die Anfälligkeit gegenüber Preisschwankungen reduziert und verhindert werden, dass die Regierungen in einen destruktiven Wettbewerb miteinander eintreten.
- 1.2. Markttransparenz erhöhen:** Eine Organisation, etwa die FAO, sollte beauftragt werden, aggregierte Daten zu Beständen und Reserven sowie Angebot und Nachfrage von Nahrungsmitteln zu sammeln und zu veröffentlichen, um Panikkäufe und die Hortung zu vermeiden.
- 1.3. Exportbeschränkungen koordiniert angehen:** Große Nahrungsmittelexporteure sollten sich öffentlich verpflichten, keine plötzlichen Exportbeschränkungen zu erlassen und die humanitäre Hilfe von solchen Beschränkungen komplett auszunehmen.
- 1.4. Abbau der Unterstützung von Agrosprit:** Alle Unterstützungsmaßnahmen für Agrosprit, darunter Beimischungsquoten, Subventionen und Steuererleichterungen, sollten abgebaut werden.
- 1.5. Abschaffung handelsverzerrender Agrarsubventionen:** Die Nahrungsmittelkrisen haben nichts an der Notwendigkeit geändert, handelsverzerrende Agrarsubventionen zu reduzieren. Ganz im Gegenteil! Es sollte das Prinzip gelten: Keine öffentlichen Gelder ohne öffentliche Leistungen. Die armen Länder müssen sich gegen Dumpingimporte schützen und selbst bestimmen können, ob, wann und wie sie ihre Märkte öffnen.

2. Die Nahrungsmittelhilfe reformieren: Die Geberländer sollten in Zukunft eine zuverlässige, schnelle und angemessene Hilfe bei Nahrungsmittelkrisen gewährleisten. Notwendig ist ein System der Vorauszahlung festgelegter Beiträge, um sicherzustellen, dass die benötigte Finanzierung für humanitäre Notfälle im Bedarfsfall zu 100 Prozent bereitsteht.

3. Spekulation auf den Rohstoffmärkten reglementieren: Angesichts der weitreichenden negativen Folgen von Preissprüngen auf den Weltagarmärkten ist Vorsorge nötig. Mehr Transparenz sowie Positions- und Preislimits können die exzessive Spekulation eindämmen. Die Einführung könnte Schritt für Schritt erfolgen, um eventuelle nachteilige Konsequenzen, wie Liquiditätssengpässe, zu vermeiden.

4. Den neuen globalen Klimafonds funktionsfähig machen und finanzieren: Die Anpassung an den Klimawandel ist massiv unterfinanziert. Oxfam schätzt den Finanzbedarf allein für die nötigen Anpassungsmaßnahmen auf ein Volumen, das bis 2020 auf jährlich 100 Mrd. US-Dollar anwachsen wird. Die Regierungen sollten Instrumente zur Bereitstellung von Geldern vereinbaren, wie z.B. eine Finanztransaktionssteuer oder Einkünfte aus einem Emissionshandels- oder Abgabensystem für den internationalen Flug- oder Schiffsverkehr.

Nationale Ansätze

- 1. In Klimaanpassung investieren:** Die Regierungen sollten betroffenen Menschen und Gemeinschaften helfen, sich an den Klimawandel anzupassen. Es gilt dabei in erster Linie diejenigen zu unterstützen, die am meisten unter den Folgen leiden und die wenigsten eigenen Ressourcen haben.
- 2. Soziale Sicherungssysteme ausweiten:** Die Regierungen und internationale Institutionen sollten gemeinsam für den globalen Zugang zu einer grundlegenden sozialen Sicherung sorgen, um fundamentale wirtschaftliche und soziale Rechte, einschließlich des Rechts auf Nahrung, zu verwirklichen. Die UN-Initiative zur Schaffung einer weltweiten sozialen Grundversicherung für alle bietet dafür eine gute Grundlage.
- 3. Integrierte Strategien gegen den Hunger entwickeln:** Die Regierungen müssen nationale Strategien für die Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Förderung eines Wachstums, das die Einkommen von in Armut lebenden Menschen erhöht, entwickeln und diese mit Strategien zur Reduzierung der Krisenanfälligkeit durch Klimaanpassung, soziale Sicherung und Katastrophenschutz verknüpfen.

Aufbau einer zukunftsfähigen Landwirtschaft

Immer wieder werden für die Zukunft der Landwirtschaft anscheinend einfache und sich oft diametral entgegenstehende Patentrezepte propagiert. Doch polarisierte Debatten, etwa über klein- oder großdimensionale Landwirtschaft, helfen nicht weiter. Ob ein landwirtschaftlicher Betrieb der Umwelt schadet oder nicht, hängt von den Praktiken der Bäuerinnen und Bauern bzw. der Unternehmen ab, nicht von seiner Größe.

Auch lassen sich scheinbar erfolgreiche landwirtschaftliche Modelle nicht einfach pauschal von einem Ort auf den anderen übertragen. Baute man etwa einen 20.000 ha-Betrieb nach brasilianischem Vorbild in Tansania auf, würden 12.500 kleinbäuerliche Betriebe verdrängt. Ohne eine in der Praxis bisher nie realisierte und höchst unwahrscheinliche gleichzeitige Schaffung von Arbeitsplätzen in städtischen Gebieten wäre ein dramatischer Anstieg von Armut, Hunger und städtischen Slums die Folge.

Eine riesige Chance, um die Produktion von Nahrungsmitteln zu steigern, die Ernährungssicherheit zu verbessern und die Anfälligkeit gegen Krisen zu reduzieren, liegt darin, das enorme Potenzial der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zu erschließen und ihre Funktion als Rückgrat des Ernährungssystems zu stärken. Auch wenn klimafreundliche Anbaumethoden und Praktiken, die wenig Inputs wie Düngemittel und Pestizide erfordern, nicht ausschließlich in kleinbäuerlichen Betrieben denkbar sind, so sind sie doch meist gut für Produktion in kleinerem Maßstab geeignet und können leicht eingeführt werden.

Insgesamt muss die Landwirtschaft weniger Agrarchemikalien und Düngemittel einsetzen und nachhaltiger vorgehen, um zukünftig Krisen bewältigen zu können:

- ➔ Organischer Dünger und Gründünger reduzieren die Abhängigkeit von teuren Kunstdüngern, deren Preis an den Erdölpreis gekoppelt ist.
- ➔ Agroforstwirtschaft (die Verbindung von Elementen der Land- und Forstwirtschaft) und der Anbau von Zwischenfrüchten können die Bodenfruchtbarkeit verbessern und helfen, die Einkommensgrundlagen von Produzent/innen zu diversifizieren.

- Integrierte Schädlingsbekämpfungsmethoden senken den Bedarf an teuren Agrarchemikalien.
- Das Auffangen von Wasser reduziert die Notwendigkeit von Bewässerungssystemen und hilft, mit unberechenbaren Regenfällen besser umzugehen.
- Bodenschutztechniken erhalten Nährstoffe im Boden und erhöhen die Produktivität.

Untersuchungen haben ergeben, dass diese Praktiken äußerst vielversprechend sind. Die wohl umfassendste Studie betrachtete 286 ökologisch nachhaltige Agrarprojekte in 57 Ländern und stellte im Schnitt eine Steigerung der Ernteerträge um 79 Prozent fest. Eine andere Studie, die 40 ökologisch nachhaltige Intensivierungsprojekte in 20 afrikanischen Ländern untersuchte, ergab, dass die durchschnittlichen Ernteerträge in einem Zeitraum von drei bis zehn Jahren mehr als verdoppelt wurden. Gerade weil dies angepasste Methoden für Kleinbäuerinnen und -bauern sind und weil sie insbesondere dort wirken, wo der Erhalt der natürlichen Ressourcen entscheidend ist, haben diese Praktiken einen wesentlich kleineren ökologischen Fußabdruck.

Ein grundlegender Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaft ist möglich. Oxfams Kampagne will folgende Ziele erreichen:

- **Mehr und besser in die zukunftsfähige Landwirtschaft investieren:** Nationale Regierungen, Geberländer, regionale Organisationen und internationale Finanzinstitutionen (z.B. die „International Finance Corporation“ der Weltbank) sollen eine kleinbäuerliche, klimaverträgliche und einkommenssteigernde Landwirtschaft durch Investitionen unterstützen.
- **Großflächige Landnahmen („Landgrabbing“)** beenden: Investoren und Konzerne sollen daran gehindert werden, unverantwortliche, großflächige Landkäufe zu tätigen, die den Zugang armer Bevölkerungsgruppen zu Ressourcen und die Ernährungssicherheit untergraben. Verbindliche Regeln und effektive soziale und ökologische Standards für die Investition in Land sind erforderlich. Investoren oder Konzerne, die unverantwortlich handeln, müssen öffentlich benannt werden.
- **Zugang zu natürlichen Ressourcen sichern:** Die Zugangsrechte von Frauen und anderen kleinbäuerlichen Produzenten zu natürlichen Ressourcen müssen gestärkt werden. Dies kann z.B. durch die Einführung von Gesetzen über den sicheren Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen geschehen, und durch die Unterstützung von Männern und Frauen, die diese Rechte einfordern. Die Verabschiedung von wirksamen freiwilligen Leitlinien für den verantwortlichen Zugang zu Land und anderen natürlichen Ressourcen im UN-Welternährungsausschuss kann als Grundlage für Maßnahmen auf der nationalen Ebene dienen.

Die internationale politische Architektur für eine neue ökologische Zukunft schaffen

Die Reise in die Zukunft hat begonnen. Doch um unser Ziel zu erreichen, müssen wir einen Schritt zulegen. Hochtrabende Reden auf globalen Gipfeln zum Klimawandel, zur Biodiversität und zur Green Economy helfen nicht weiter. Unser Erfolg oder Scheitern beim Übergang zu einem neuen Wohlstandsmodell wird davon abhängen, ob politische Entscheidungsträger/innen klare globale Ziele für den Klimaschutz, den Erhalt der Biodiversität, die Nutzung von und den Zugang zu Land und Wasser und für weitere Themen festlegen.

Globale Abkommen sind wichtig. Sie bilden die Grundlage für ambitionierte gemeinsame globale Anstrengungen und legen die Ziele und Spielregeln fest. Aber der Übergang zu einer Weltwirtschaft, die im Rahmen der ökologischen Grenzen unseres Planeten bleibt, wird in allererster Linie das Ergebnis von Maßnahmen auf nationaler und regionaler Ebene sein. Einige Länder haben dies inzwischen erkannt und nehmen Führungsrollen ein: Äthiopien und die Malediven planen z.B., innerhalb eines Zeitraums von 10 bis 15 Jahren ihre Volkswirtschaft CO₂-neutral zu gestalten.

Zur Etablierung eines neuen Wohlstandsmodells brauchen wir auch neue Indikatoren, um Wohlstand zu messen. Der jetzige Maßstab, das Bruttoinlandsprodukt, ist fehlerhaft und unbrauchbar. Er ignoriert wichtige soziale Dienstleistungen, wie zum Beispiel die unbezahlte häusliche Alten- und Krankenpflege. Stattdessen umfasst es auch umweltzerstörende Wirtschaftstätigkeiten, wie die Rodung von Wäldern, sowie Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen von umweltschädlicher Produktion, wie etwa Aufräumarbeiten nach Ölkatastrophen. Würde man die Umweltkosten bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts abziehen, verringerte sich die globale Wirtschaftsleistung um 11 Prozent. Das wären 6,6 Billionen US-Dollar – mehr als das derzeitige Bruttoinlandsprodukt Chinas.

Oxfam setzt sich gemeinsam mit Verbündeten und Partnern für ein globales Klimaschutzabkommen und für einen funktionsfähigen und finanziell gut ausgestatteten globalen Klimafonds ein.

Das Wohlstandsmodell der Zukunft

Oxfams Vision ist ein **neues Wohlstandsmodell**, das gleichzeitig von oben nach unten und von unten nach oben aufgebaut wird. In dieser Vision treiben von „oben“ verantwortlich handelnde politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Führungspersönlichkeiten den Prozess an. Politiker/innen widerstehen den Vereinnahmungsversuchen von Unternehmenslobbys und inspirieren ihre Bürger/innen. Regierungen greifen regulierend, korrigierend und schützend ein und tätigen Investitionen im Interesse des Allgemeinwohls. Konzernvorstände wenden sich von Industrilobby-Verbänden ab, die versuchen, überkommene und untragbare Privilegien zu verteidigen. Stattdessen bringen sie ihre Unternehmensstrategie mit den Interessen des Gemeinwohls in Einklang, akzeptieren fortschrittliche Regulierungen und richten ihre neuen Geschäftsmodelle danach aus, anstatt zu versuchen, sinnvolle Vorschriften zu untergraben oder zu verwässern. Sie verzichten darauf, ihre Sozial- und Umweltkosten auf die Gemeinschaft oder benachteiligte Gruppen abzuwälzen und richten – als Reaktion auf Forderungen der Verbraucher/innen und öffentlichen Druck – ihre Unternehmensstrategien auf die möglichst effiziente Nutzung knapper Ressourcen aus.

Von „unten“ fordern Netzwerke aus Bürger/innen, Verbraucher/innen, Erzeuger/innen, Gemeinden, sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen von Regierungen und Unternehmen den Wandel ein. Durch ihr persönliches Verhalten und ihre Kaufentscheidungen nehmen sie Einfluss auf Politik und Wirtschaft – durch einen emissionsarmen Lebensstil, geringeren Fleischkonsum, Kauf von Fair-Trade-Waren, Teilnahme an Demonstrationen oder ihr Wahlverhalten. Oxfam wird mit vielen dieser Gruppen zusammenarbeiten und dazu beitragen, eine unaufhaltbare Bewegung für den Wandel zu entfesseln. Gemeinsam werden wir die gegenwärtige Ordnung in Frage stellen und den Weg zu einem neuen Wohlstandsmodell einschlagen.